

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: tarife@e-control.at

Kontakt
DI Ursula Tauschek

DW
223

Unser Zeichen
TA/CF-STN 08/16

Ihr Zeichen

Datum
20.5.2016

Stellungnahme von Oesterreichs Energie Sparte Netze zum Konsultationsentwurf der E-Control Austria „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich („Tarife2.0“)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Gelegenheit, zum vorliegenden Konsultationsdokument „Weiterentwicklung des Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich („Tarife2.0“)“ der E-Control Austria (ECA) Stellung nehmen zu dürfen.

Eingangs weist Oesterreichs Sparte Netze darauf hin, dass die Netzentgelte dazu dienen die Netzinfrastруктурkosten auf faire Art und Weise unter den Netznutzern aufzuteilen und nicht Geschäftsmodelle für den Markt zu optimieren. Zur Sicherstellung einer kostengünstigen Netzinfrastuktur müssen Netzentgelte grundsätzlich netzdienlich sein.

Dies sollte unter Berücksichtigung nicht nur der Energiemenge sondern vor allem auch der Auswirkungen des individuellen Nutzerverhaltens auf das Netz erfolgen und so die richtigen Signale an die Kunden für eine effiziente Nutzung des Netzes senden. Wenn Maßnahmen kein netzdienlicher Charakter zukommt, sind derartige Anreize/Kosten von anderer Stelle abzudecken.

Nach Ansicht der Sparte Netze erfordert eine nachhaltige Netztarifstruktur Ausgewogenheit zwischen Kostenverursachung und Lenkungseffekt. Diese muss schrittweise über kurz- und mittelfristige Anpassungsschritte erreicht werden. Zeitnah begonnen werden muss mit einer Fokussierung auf eine Pauschal- und Leistungskomponente. Mittelfristig sind die Ansprüche an die Eigenschaften einer neuen Netztarifstruktur „Kostenorientierung, Verursachungsgerechtigkeit, Gleichbehandlung aller Systemnutzer und entsprechender Lenkungseffekt“ auf Basis der gemessenen Leistung umsetzbar. Die Vorbereitung darauf muss ehest begonnen werden und hat schrittweise in den nächsten Jahren zu erfolgen.

Die Pauschal- und Leistungskomponenten dürfen jedenfalls nicht zur Erzielung vermeintlich erwarteter Energieeinsparanreize „künstlich“ niedrig gehalten werden, dazu müssen Anreize zu energieeffizienterem Verhalten über andere Strompreiskomponenten gesetzt werden.

Die vorliegende Stellungnahme reflektiert weiters auf die von der ECA ausgesprochenen Schlussfolgerungen/ Empfehlungen unter Bezugnahme auf das beiliegende vom Beratungsunternehmen Consentec GmbH in Kooperation mit Prof. Bogner, WU Wien, im Auftrag von Österreichs Energie ausgearbeitete Gutachten zum Thema „Evaluierung der Grundlagen und Weiterentwicklung der Systemnutzungs-/entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze“ (nachfolgend als Gutachten Consentec/Bogner bezeichnet).

Ergänzend verweisen wir auf unser beigelegtes Positionspapier „Weiterentwicklung der Systemnutzungs-/entgelte/-regelungen im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsnetze“.

Folgende wesentliche Anpassungen sind für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Tarifstruktur durchzuführen:

- Erhöhung der Pauschal- und Leistungskomponenten bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitskomponenten (Leistungspreis-Erlöseanteil von 70%; nicht-leistungsgemessener Erlöseanteil von einigen 10%)
- Integration Messentgelt in Netznutzungsentgelt
- Integration Netzverlustentgelt in Netznutzungsentgelt (zumindest für Verbraucher)
- Einführung eines Pauschalentgelt für Überschusseinspeiser
- Beibehaltung des Netzbereitstellungsentgeltes, ggf. mit Modifikationen (Netzzutritt-Netzbereitstellung). Vereinfachung durch Abschaffung der Rückzahlbarkeit und der örtlichen Übertragbarkeit.
- Keine Zweckentfremdung der Netztarife für marktdienliche Zielsetzungen (wie z.B. Netztarif für Regelenergieeinsatz, Netzentgelte speziell in Situationen mit Erzeugungsüberschuss, etc.)
- Keine Sozialkomponenten im Netztarif
- Durchgriffsmöglichkeit des Netzbetreibers zur Engpassbeseitigung (im Konsultationsdokument: „Zwiebelmodell“)
- Erweiterte Leistungsverrechnung mit Verfügbarkeit der Smart-Meter Werte

Zu den einzelnen Punkten des Konsultationsdokuments der ECA nehmen wir, wie folgt, Stellung:

Zu 3.1 Netznutzungsentgelt – Tarifgefüge zwischen Arbeit und Leistung

Die seitens der ECA angedachte Erhöhung der Pauschal- und Leistungskomponenten bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitskomponenten ist zu begrüßen.

Dabei wird eine – abhängig von der Netzebene – gestaffelte Anpassung von einigen 10% für derzeit nicht gemessene Kunden bis zu einem Anteil von rd. 70% für höhere Netzebenen als sinnvoll erachtet.

Aus Sicht der Sparte Netze sollten diese **Erhöhungen sehr viel ambitionierter** in Angriff genommen werden.

Für die Bemessung einer sinnvollen Höhe der Pauschal- und Leistungskomponenten schlägt ECA eine Orientierung am Anteil der Kapitalkosten (CAPEX) an den Gesamtkosten (TOTEX) vor, basierend auf der Auffassung, dass CAPEX durch nicht-nutzungsabhängige und Betriebskosten (OPEX) durch nutzungsabhängige Entgelte gedeckt werden sollten.

Hier vertritt Österreichs Energie eine abweichende Auffassung: Eine verursachungsgerechte Verteilung der Erlösanteile sollte sich primär daran orientieren, durch welche Eigenschaften der Netznutzung die durch das Netznutzungsentgelt abgedeckten Netzkosten getrieben werden. Eine beispielhaft für Netzebene 7 durchgeführte Kostentreiberanalyse (siehe Gutachten Consentec/Bogner) zeigt, dass der Kostenanteil, der durch die Höchstlastanteile der Kunden oder durch (nutzungsunabhängige) Gebietseigenschaften determiniert wird, wesentlich höher ist als der CAPEX-Anteil. Dies ist dadurch erklärbar, dass auch OPEX-Anteile durch Fixkosten determiniert werden (z.B. System Operator ...). Daher sind bei einer netzkostenbasierten Tarifstruktur auch deutlich größere Erlösanteile insbesondere für die Leistungskomponenten zu rechtfertigen als die von ECA vorgeschlagenen CAPEX-Anteile.

Die von anderen Stakeholdern kolportierte Befürchtung einer Überbelastung von Kunden mit geringem Stromverbrauch erscheint verfrüht, solange sich die Diskussion auf grundsätzlicher Ebene bewegt – diesbezügliche Bedenken könnten im Zuge konkreterer Tarifierungsüberlegungen berücksichtigt werden.

Bei der angedachten Integration zusätzlicher Fixkomponenten ins Netznutzungsentgelt (z.B. Messentgelt) ist zu beachten, dass sich dadurch der Leistungsanteil aufgrund der geänderten Systematik entsprechend verändert und somit nicht der notwendigen Erhöhung der eigentlichen Pauschal- und Leistungskomponenten zugerechnet werden kann. So erhöht sich z.B. der durchschnittliche Leistungsanteil von Haushaltskunden (Annahme 3.500 kWh/Jahr) bei einer Integration des Messentgeltes bereits von derzeit rd. 14% auf rd. 26%.

Bezüglich der Systematik der Leistungsverrechnung befürworten wir die Weiterverführung der bestehenden Regelung des 12-Monats-Spitzenmittels. Eine Umstellung auf die Jahreshöchstlast wäre zwar möglicherweise etwas „verursachungsgerechter“, allerdings aufgrund der „jährlichen Einmaligkeit“ des Auftretens für Netzkunden und für Netzbetreiber wenig praktikabel, da es ständig zu Nachverrechnungen der bestehenden Monatsrechnungen kommen kann. Neben der schwierigen Planbarkeit für Netzkunden und Netzbetreiber kann es dadurch neben geringen Entlastungen für einen Teil der Netzkunden auch zu unsachgemäßen Belastungen einiger weniger Groß- bzw. Saisonkunden kommen. Dazu ist festzuhalten, dass auch die individuelle Jahreshöchstlast die tatsächliche

Netzkostenbelastung nur teilweise und näherungsweise widerspiegelt. Bei einer möglichen Einführung einer Mindestleistung bei der Leistungsverrechnung auf Basis der individuellen Jahreshöchstlast sollten die Auswirkungen auf einzelne Kundentypen sowie die grundsätzliche Umsetzbarkeit untersucht werden.

Eine Befreiung bzw. Verminderung der Mindestleistung für einzelne Kundengruppen wird allerdings als nicht sinnvoll erachtet. Dabei ist auch zu beachten, dass die verwaltungstechnische Abwicklung einer solchen Tariffdifferenzierung einen unverhältnismäßig hohen administrativen Aufwand zur Folge hat, welcher wiederum von allen Netzkunden zu tragen wäre. Eine Neugestaltung der Tarifstruktur sollte neben dem Grundsatz der Zukunftstauglichkeit jedenfalls auch eine Vereinfachung zur Folge haben.

Zu 3.2 Netzverlustentgelt

Seitens der ECA wird eine Änderung des Netzverlustentgeltes akut als nicht erforderlich gesehen. Dazu ist anzumerken, dass – zumindest für Verbraucher – eine Integration des Netzverlustentgeltes in das Netznutzungsentgelt unseres Erachtens eine Vereinfachung und damit ein besseres Verständnis der Netzrechnung mit sich bringen würde. Ob das Netzverlustentgelt beibehalten oder eventuell in das Netznutzungsentgelt integriert werden kann, sollte nicht mit der Frage der Kostenbeteiligung der Erzeuger junktiniert werden. Eine Überprüfung von unterschiedlichen Verrechnungsmodalitäten für Verbraucher und Erzeuger sollte daher in Betracht gezogen werden, mit dem Ziel einer Vereinfachung der Netzrechnung.

Alternativ könnte eine Differenzierung nach der Netzebene vorgenommen werden. Eine Integration auf der Netzebene 7 und somit Vereinfachung kommt den Konsumenten zugute. Ab der Netzebene 6 bleibt die Verrechnung des Netznutzungsentgeltes für alle Netzbenutzer bestehen.

Zu 3.3 Anschlussentgelte: Netzbereitstellungs- und zutrittsentgelt

Hinsichtlich des Netzbereitstellungsentgeltes spricht sich ECA für eine Abschaffung aus und verweist dabei einerseits auf die Ungleichbehandlung, die sich daraus ergebe, dass dieses Entgelt nur von Entnehmern erhoben wird, und andererseits auf die große Streuung der Höhe dieses Entgelts bei den österreichischen Netzbetreibern. Diese Argumente sind aus Sicht des Gutachtens Consentec/Bogner jedoch nicht ausschlaggebend:

- Die Ungleichbehandlung ist Ergebnis einer Grundsatzentscheidung dahingehend, dass alle nicht unmittelbar mit einem Netzanschluss verbundenen Netzinfrastrukturkosten (die Gegenstand des Netzzutrittsentgelts sind), durch ein rein entnahmeseitiges Entgelt abgedeckt werden. Sie ist somit konsequent. Gleichwohl sehen die Gutachter aber auch durchaus die Möglichkeit, ein einspeiseseitiges Netzbereitstellungsentgelt bewusst einzuführen, um angesichts des empfohlenen Wegfalls des Netzverlustentgelts weiterhin ein einspeiseseitiges Entgelt vorzusehen. Gerade bei einem solchen Abtausch von zwei

Entgelten wird die von ECA befürchteten Schwierigkeiten bei der Akzeptanz eines solchen Entgelts nicht gesehen, zumal dieses anders als das Netzverlustentgelt nur einmalig zu zahlen wäre und keinen Einfluss auf Kraftwerkseinsatzentscheidungen hätte.

- Eine starke Streuung der Entgelthöhe zeigt sich nicht nur bei diesem Entgelt, und es ist festzustellen, dass hier ähnliche Struktureinflüsse eine Rolle spielen wie bei den Netzkosten insgesamt. Soweit die Entgeltunterschiede nicht strukturell oder durch andere externe Einflüsse erklärbar sind, könnte aber auch eine Annäherung erreicht werden, indem Vorgaben für die Berechnungsweise des Entgelts eingeführt werden, z. B. durch prozentuale Kopplung an den Leistungspreis des Netznutzungsentgelts.

Den wesentlichen Nutzen, der für die Beibehaltung des Netzbereitstellungsentgelts (und evtl. seine Ausdehnung auf Einspeiser) spricht, ist, dass dieses das einzige Entgelt mit Bezug auf die vertragliche Leistung und nicht nur auf die tatsächlich beanspruchte Leistung und Arbeit ist. Ein solches an die vertragliche Leistung gebundene Entgelt ist aus Sicht der Verursachungsgerechtigkeit und der Anreize für Netzkunden zur Reduktion der Leistungsanforderungen bei der Beantragung eines Netzanschlusses zu begrüßen. Die teilweise Rückzahlbarkeit des Netzbereitstellungsentgelts bei Kapazitätsrückgang sowie dessen örtliche Übertragbarkeit sollten aus Gründen der Verursachungsgerechtigkeit wie auch der Praktikabilität abgeschafft werden. Im Hinblick auf Kunden mit Smart Meter wird Potenzial für eine Vereinfachung durch eine Pauschalregelung gesehen.

Das Netzzutrittsentgelt deckt die bei Errichtung eines neuen Netzanschlusses anfallenden Kosten in individueller Höhe ab, sowohl für Entnehmer als auch für Einspeiser. ECA stellt diese auch aus Sicht der Sparte Netze sinnvolle Funktion dieses Entgelts nicht in Frage, schlägt aber vor, es um einen pauschalen Anteil zu erweitern, der – ganz oder teilweise – die Funktion des Netzbereitstellungsentgelts übernimmt, das nach Vorschlag von ECA entfallen sollte.

Der Sparte Netze erscheint die von ECA vorgeschlagene Änderung beim Netzzutrittsentgelt als diskussionswürdig, unter der Prämisse, dass die Pauschalkomponente im Netzzutrittsentgelt von Art und Umfang etwa dem bestehenden Netzbereitstellungsentgelt entspricht, Rückzahlverpflichtung und örtliche Übertragbarkeit aber entfallen.

Alternativ könnte natürlich auch das Netzzutrittsentgelt gemäß der gutachterlichen Empfehlung grundsätzlich in der bestehenden Form beibehalten und das Netzbereitstellungsentgelt ggf. durch Ausdehnung auf Einspeiser und Entfall der Rückzahlbarkeit und örtlichen Übertragung, weiterentwickelt werden.

Generell ist dabei auf eine Verursachungsgerechtigkeit, sinnvolle Anreize für Netzkunden bei der Beantragung eines Netzanschlusses und einer einfachen Administrierbarkeit zu achten.

Zu 3.4 Messentgelt

Die seitens der ECA angeführte Integration des Messentgeltes in das Netznutzungsentgelt (Pauschal- bzw. Leistungskomponente) ist zu begrüßen, da dies grundsätzlich zur Vereinfachung der Netzrechnung führt.

Die durch die Integration bedingte Erhöhung der Pauschal- bzw. Leistungskomponente darf aber nicht der unter Pkt. 3.1 Netznutzungsentgelt angeführten notwendigen Anpassung der eigentlichen Pauschal- bzw. Leistungskomponente gegengerechnet werden.

Die vorgeschlagene Bereitstellung des Zählers durch Einspeiser wird hingegen aufgrund sicherheitsrelevanter Gründe als sehr kritisch gesehen und abgelehnt. Gerade im Hinblick auf die laufende Smart Meter Einführung sollte die Möglichkeit zur Zählerelbstbereitstellung grundsätzlich und generell eliminiert werden.

Zudem ist anzuführen, dass bei Einspeisern so gut wie immer auch Eigenverbrauch vorliegt und sie daher auch in diesem Umfang an der Kostentragung beteiligt sind.

Zu 3.6 Netznutzungsentgelt für Regelreserve

Die ECA sieht in Bezug auf das Anfang 2014 eingeführte reduzierte Netznutzungsentgelt für Anbieter negativer Regelleistung (durch Erhöhung des Verbrauchs) keinen Änderungsbedarf, abgesehen von der Erwägung, bei Bedarf und nach erfolgter Smart-Metering-Einführung diese Sonderregelung ggf. auch auf die Netzebene 7 auszuweiten.

Grundsätzlich ist die Ausweitung des Regelreservemarktes auf neue Regelreserveanbieter zu begrüßen.

Die Sparte Netze vertritt, in Bezug auf Anreizung über die Netznutzungsentgelte, aber eine dezidiert andere Auffassung als die ECA. Mit den derzeitigen Regelungen ist ein hoher administrativer Aufwand bei der Verrechnung des Netznutzungsentgeltes im Verteilernetzbereich gegeben, der eventuell „energiewirtschaftlich“ leichter zu bewerkstelligen wäre. Grundlegender als dieser praktische Aspekt sind die im Gutachten Consentec/Bogner geäußerten Bedenken, dass diese Regelung die Gestaltungsmöglichkeit der Netznutzungsentgelte zweckentfremdet, um Anreize zur Erbringung einer nicht netzbezogenen Dienstleistung zu vermitteln.

Die Sonderregelungen bei der Verrechnung von Regelreserve im Verteilernetzbereich sind daher kritisch zu hinterfragen, da Regelenergie keine netzdienliche sondern eine markt- bzw. systemdienliche Dienstleistung darstellt. Sie kann situations- und ortsabhängig durchaus zu einer für das Netz kritischen Synchronisierung verbrauchsseitiger Flexibilität beitrugen. Dies könnte vor allem dann kritisch werden, wenn viele Netznutzer einbezogen sind, so dass die Gefahr besteht, dass die heute vorhandene Durchmischung der Höchstleistungen

abnimmt. Die genannte Regelung erscheint daher nicht sachgerecht, da die Netzentgelte insoweit zweckentfremdet werden.

Darüber hinaus führen derartige Regelungen grundsätzlich zu tendenziell steigenden Netzentgelten, welche insbesondere von jenen Endverbrauchern zu tragen sind, die keine negative Regelenenergie anbieten können.

Die Sparte Netze empfiehlt daher, diese Sonderregelung, die zudem sehr speziell auf eine bestimmte Form der Flexibilitätsnutzung zugeschnitten ist und kaum auf die für die Zukunft angestrebte vielseitige Nutzung von Flexibilitäten übertragen werden kann, abzuschaffen und mögliche Hemmnisse bezüglich der verbrauchsseitigen Erbringung von Regelleistung an anderer Stelle zu kompensieren.

Zu der seitens der ECA angeführten Verknüpfung von Regelreserve mit Pumpstromentgelt ist anzumerken, dass die Sonderregelungen für Regelreserve erstmals im Jahre 2014 eingeführt wurden, während die Sonderregelung für Pumpstrom bereits im Jahre 2009 eingeführt wurde. Ein zwingender Zusammenhang zwischen Regelreserve und Pumpstrom ist daher nicht zu erkennen.

Zu 3.7 Sonstige Entgelte, Entgelt für neue DSO Aufgaben

Die ECA erkennt an, dass im Zusammenhang mit dem Smart Metering und weiteren technologischen Neuerungen auch neue Aufgaben/Dienstleistungen auf Verteilernetzbetreiber zukommen und evtl. auch Chancen für Dienstleistungsangebote außerhalb des regulierten Tätigkeitsspektrums bestehen. Die Schlussfolgerungen von ECA, dass die Kosten solcher Dienstleistungen grundsätzlich im bestehenden Entgeltrahmen berücksichtigt werden sollten, soweit sie dem regulierten Bereich zuzuordnen sind, und ansonsten hiervon abzugrenzen und durch hierfür erzielte Erlöse gesondert zu decken sind, wird von Österreichs Energie geteilt. Ein Bedarf für Anpassungen der Entgeltstruktur mit Blick auf neuartige Tätigkeiten kann zwar nicht prinzipiell und dauerhaft ausgeschlossen werden, ist aber aus heutiger Sicht nicht akut erkennbar.

In anderen Bereichen des Regulierungsrahmens kann sich im Zusammenhang mit dem Smart Metering und neuartigen Technologien/Dienstleistungen jedoch durchaus Anpassungsbedarf ergeben, so z. B. bei der Kostenanerkennung und den Instrumenten der Anreizregulierung. So sollten z.B. unterschiedliche Kosten aufgrund unterschiedlicher Ausrollungsgrade von Smart Metering und Aktivitäten für Smart Grid Lösungen im Benchmarking bzw. im Regulierungssystem berücksichtigt werden.

Zu 3.8.1 Demand Side Management & Flexibility

Die seitens der ECA angestellten Überlegungen Netzentgelte speziell in Situationen mit Erzeugungsüberschuss im Gesamtsystem abzusenken wird als kritisch gesehen und wird abgelehnt.

Netzentgelte sind dafür vorgesehen die Kosten der Netzinfrastruktur abzubilden und Anreize für netzdienliche Maßnahmen zu setzen. Monetäre Anreize für den Markt dürfen nicht über die Netzentgelte sozialisiert werden.

Sollte es Marktsituationen geben, die zu einem zusätzlichen höheren Verbrauch der Kunden führen sollen, so ist das mit Marktmechanismen bzw. speziellen Marktprodukten – bzw. preisen zu lösen und nicht indirekt Netzentgelte dafür zu verwenden, um zu versuchen das Marktversagen abzumildern.

Abgesehen vom hohen administrativen Aufwand bei der Verrechnung ist keineswegs gewährleistet, dass systemdienliche Verbrauchserhöhungen auch aus Netzsicht erstrebenswert oder auch nur akzeptabel wären.

Dazu ist auch anzumerken, dass eine solche Form der Entgeltabsenkung grundsätzlich eine Ausprägung der Echtzeittarifierung darstellt, welche auch seitens der ECA abgelehnt wird.

Verteilernetzbetreiber müssen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit bzw. zur Laststeuerung nach Maßgabe des spezifischen Netzbereiches und der jeweiligen netztechnischen Gegebenheiten und Möglichkeiten Lasten bzw. Erzeugungen diskriminierungsfrei steuern.

Wenn vor Netzeingriffen bzw. Steuerungsmaßnahmen technische und ökonomisch sinnvolle Möglichkeiten gefordert werden, ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass zuvor die betrieblichen Auswirkungen einzelner Maßnahmen (z.B. regelbare Ortsnetztrafos) im Hinblick auf das jeweils betroffene Verteilernetz fachlich und ökonomisch zu beurteilen bzw. abzusichern sind. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass zusätzliche Kosten im Falle netzdienlicher Maßnahmen in den Netzkosten anerkannt werden. Wenn diesen zusätzlichen Kosten kein netzdienlicher Charakter zukommt, sind derartige Kosten von anderer Stelle abzudecken.

Zum Zwiebelmodell der ECA:

Mit Hilfe des Flughafen Tower Modell muss klar definiert werden, dass der DSO zu jedem Zeitpunkt die entsprechenden Informationen von dem in seinem Netz angeschlossenen Anlagen erhält um bei Bedarf die entsprechenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit /-qualität setzen zu können.



Quelle: Salzburg Netz GmbH

Der Einsatz von Demand Side Management & Flexibilitäten muss für alle Marktteilnehmer den generellen Regeln zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit unterliegen.

Entsprechend dem Flughafen Tower Modell bedeutet das:

- dass Demand Side Management & Flexibilitäten am Markt für kommerzielle Zwecke eingesetzt werden können, solange es zu keiner Beeinträchtigung der Netzstabilität kommt. Dem Netzbetreiber obliegt die Monitoringpflicht.
- dass der Netzbetreiber Demand Side Management & eigene DSO- Flexibilitäten zum Erhalt der Netzstabilität einsetzt bzw. dass Demand Side Management & Flexibilitäten am Markt zwar für kommerzielle Zwecke eingesetzt werden können, zur Einhaltung technischer Grenzwerte jedoch Einschränkungen zur Betriebsweise vom Netzbetreiber vorgegeben werden.
- dass zur Engpassbeseitigung eine vorrangige Nutzung von Demand Side Management & verfügbaren Flexibilitäten durch den Netzbetreiber erfolgt.

Zu 3.8.2 Überlegungen zur Tarifstruktur / Einführung Smart Meter auf NE7 nicht gemessen

Langfristig sollte nach erfolgtem vollständigem Roll-Out der Smart Meter eine Umstellung der Smart Meter Kunden auf Leistungsmessung erfolgen.

Es ist aber anzumerken, dass für eine gesicherte Beurteilung noch detaillierte Analysen erforderlich sind. Zum einen sind die möglichen Auswirkungen auf einzelne Kundengruppen auf Lastprofilbasis zu untersuchen zum anderen ist abzuschätzen wie die Verrechnung von Leistungsspitzen von Einzelkunden im Niederspannungsbereich tatsächlich verursachungsgerecht durchgeführt werden kann.

Ein Übergang auf einen leistungsgemessenen Tarif kann in Zukunft aber durchaus überlegenswert sein, wobei die verfügbaren Leistungswerte (1/4-h Werte bei Opt-In, Tageswerte im Normalfall) entsprechend zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus wird es auch einen Netztarif mit Grundpreis für jene Kunden geben müssen, die ein Opt-Out gewählt haben.

Ergänzend sind auch die derzeit geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu evaluieren.

Zur Nachverrechnung von Netzbereitstellungsentgelt von bisher nicht leistungsgemessenen Kunden wird eine vereinfachte Pauschalregelung für Smart Meter Kunden vorgeschlagen, um die Netzkunden nicht unnötig zu belasten.

Zu 3.8.2.4 Tarifzeiten

Die heute bestehenden Entgelte für durch den Netzbetreiber unterbrechbare Verbraucher sind das Ergebnis historischer Entwicklungen und vom Kunden akzeptiert.

Oesterreichs Energie begrüßt die Beibehaltung des unterbrechbaren Entgelts und die ggf. kontinuierliche Anpassung an die technischen Anforderungen und Möglichkeiten.

Die Nachfrage nach netzdienlich eingesetzter Flexibilität wird zukünftig wachsen. Als Beispiele dafür sind die Aufnahme der erneuerbaren Energie in das Netz oder die Vermeidung von teuren Lastspitzen im Netz und Vergleichsmäßigung der Auslastung des Netzes genannt. Die Schaffung eines monetären Anreizes ist dafür durchaus zeitgemäß und sinnvoll. Aufgrund der Möglichkeit einer sauberen Trennung bieten sich explizite Vergütungen für den Markt auch unabhängig von den Netztarifen an.

Ebenfalls spricht sich Oesterreichs Energie für eine Aufrechterhaltung und allenfalls Weiterentwicklung der Differenzierung nach HT/NT-Zeiten, speziell für nicht leistungsgemessene Kunden im Sinne des Investitionsschutzes, aus.

Zu 3.8.3 Netzkostentragung bei Überschusseinspeisung

Die seitens der ECA angestellten Überlegungen zur Einführung einer Pauschale für Überschusseinspeiser, z.B. auf Basis der installierten Leistung, wird begrüßt.

Damit würde eine verursachungsgerechtere und trotzdem praktikable Kostentragung von Kunden mit Eigenerzeugungsanlagen erreicht.

Die ECA schlägt als eine Alternative zur verursachungsgerechten Behandlung von Eigenerzeugern (siehe auch obige Ausführungen zur Höhe der Pauschalkomponente bei nichtleistungsgemessenen Kunden) die Einführung eines zusätzlichen pauschalen Jahresentgelts für „Überschusseinspeiser“ vor, d. h. für Kunden mit Erzeugungsanlagen, deren Einspeisung teilweise zur Deckung des eigenen Verbrauchs und teilweise zur Einspeisung in das Netz genutzt wird. Dieser Ansatz würde aus Sicht der Sparte Netze grundsätzlich durchaus zu einer Verbesserung der Verursachungsgerechtigkeit gegenüber der heutigen Situation beitragen. Zur praktischen Umsetzbarkeit ist eine streng zu verfolgende Mitteilung über die Installation einer Eigenerzeugungsanlage an den Netzbetreiber Voraussetzung, die aus den bisherigen Erfahrungen bei diesbezüglich unveränderten Rahmenbedingungen jedoch nicht zu erwarten ist.

Bezüglich der angedachten Befreiung von der Pauschale bei freiwilliger Begrenzung ist aber zu prüfen inwieweit der damit entstehende administrative Aufwand gerechtfertigt ist. Dazu sind auch Überlegungen anzustellen wer für die anfallenden Kosten der erforderlichen Fernabschaltung (Investitionen sowie laufender Betrieb und Wartung) aufkommt.

Mit der von der Sparte Netze vorgeschlagenen Erhöhung der Pauschal- und Leistungskomponenten des Netznutzungsentgelts soll ebenfalls eine verursachungsgerechtere Behandlung von Kunden mit Eigenerzeugungsanlagen erreicht

und falsche Anreize zum Ausbau der dezentralen Erzeugung reduziert werden. Es ist zu prüfen, mit welcher Maßnahme eine treffsicherere und leichter handhabbare Lösung erreicht werden kann.

Zu 3.8.4 Soziale Aspekte der Tarifierung

Die Empfehlung von der ECA, auf die Einführung von Sozialtarifen zu verzichten und ggf. angestrebte sozialpolitische Ziele stattdessen mit hierauf spezialisierten sozialpolitische Instrumenten zu verfolgen, wird begrüßt.

Zu 3.8.5/3.8.6 Abgrenzung Netzbereiche/Netzebenen

Im Hinblick auf die Zuschnitte der tariflichen Netzbereiche untersucht die ECA, welche Auswirkungen die Zusammenlegung der Netzbereiche in Bundesländern, in denen heute zwei Netzbereiche vorliegen, auf die Höhe der Entgelte hätte.

Bei entsprechendem politischem Konsens sieht Oesterreichs Energie eine Zusammenlegung der Netztarifbereiche innerhalb eines Bundeslandes aber durchaus als diskussionswürdig.

Die Empfehlung von der ECA, die heutige Einteilung in 7 Netzebenen unverändert aufrecht zu erhalten, wird von Oesterreichs Energie begrüßt.

Zu 3.8.7 Vereinfachung der Netzrechnung

Die seitens der ECA angeregte Diskussion bezüglich Vereinfachung der Netzrechnung wird begrüßt und ist durchzuführen.

Ein wesentlicher Punkt in diesem Zusammenhang stellt neben der weitgehend verursachungsgerechten eine möglichst praktikable Ausgestaltung der Netzentgelte dar. In diesem Zusammenhang sind z.B. auch der Wegfall der Messentgelte und die Integration des Netzverlustentgeltes in das Netznutzungsentgeltes für Verbraucher positiv zu sehen.

Die von der ECA andiskutierte Sonderregelungen (z.B. Umstellung bei der Leistungsverrechnung auf Jahreshöchstlast, Netzentgeltregelung für Regelreserve, Absenkung der Netztarife bei Erzeugungsüberschuss, Befreiung der Enspeiserpauschalen bei freiwilliger Begrenzung, ...) würden neben dem hohen administrativen Aufwand vor allem aber eine Verkomplizierung der Netzrechnung mit sich bringen und sind aus dieser Sicht durchaus kritisch zu sehen.

Ergänzend ist die in der Abbildung 59 des dargestellten Rechnungsmusters ausgewiesene USt auf Teilsummen im ISU nur schwierig umsetzbar und sollte daher vermieden werden.

Sonstiges**Zu 1 Problemstellung: Grundsätze für Systemnutzungsentgelte**

Auf S. 19 des ECA-Papiers werden Grundsätze für Systemnutzungsentgelte formuliert. Aus Sicht von Oesterreichs Energie kann einem großen Teil dieser Grundsätze zugestimmt werden, einige andere erscheinen dagegen diskussionsbedürftig. Auch wenn die ECA aus der Liste der Grundsätze keine unmittelbaren Empfehlungen ableitet, sollen die als kritisch angesehenen Grundsätze hier kurz benannt werden.

Mit Anreizen zu Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Systemeffizienz würden Ansprüche an die Netzentgeltsystematik formuliert, deren Grundlagen außerhalb der Netzsphäre lägen. Eine Umsetzung derartiger Ansprüche über die Netzentgelte ist aus Sicht von der Sparte Netze abzulehnen. Auch die ECA selbst äußert sich ja an anderer Stelle in diesem Sinne, beispielsweise dahingehend, dass Anreize zu energieeffizienterem Verhalten nicht über „künstlich“ niedrig gehaltene Pauschal- und Leistungskomponenten, sondern außerhalb der Netzentgeltsystematik vermittelt werden sollten.

Hinsichtlich des Grundsatzes der Investitionsförderung bleibt unklar, auf welche Akteure sich dies richten soll und welchen Einfluss Netzentgelte hierauf ggf. hätten.

Wir danken für die Kenntnisnahme der Anliegen von Oesterreichs Energie Sparte Netze und ersuchen um deren entsprechende Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen



DI Wolfgang Anzengruber
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin